



Medienmitteilung

Aus der Regierung

4. Oktober 2007

Voranschlag 2008 mit Ertragsüberschuss

Budgetergebnis erlaubt Steuerfuss-Senkung

Die Regierung legt den Voranschlag 2008 vor. Sie beantragt eine Senkung des Staatssteuerfusses um 8 Prozentpunkte auf 107 Prozent. Dennoch kann in der laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von 3.7 Mio. Franken budgetiert werden. Ermöglicht wird das durch die aus dem neuen Bundesfinanzausgleich resultierenden Entlastungen. Von diesen profitieren auch die Gemeinden.

Die Regierung hat den Voranschlag 2008 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Er zeigt folgendes Gesamtergebnis:

	Rechnung 2006 Mio Fr.	Voranschlag 2007 Mio Fr.	Voranschlag 2008 Mio Fr.
Laufende Rechnung			
Aufwand	3 618.8	3 746.2	3 939.9
Ertrag	3 783.3	3 742.7	3 943.6
Saldo	164.5	- 3.5	3.7
Investitionsrechnung			
Ausgaben	187.2	202.2	200.3
Einnahmen	76.4	101.4	46.4
Nettoinvestition	110.9	100.8	153.9

Entlastung durch NFA

Die Neugestaltung der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) entlastet den kantonalen Haushalt im Jahr 2008 netto um 153 Mio. Franken. Davon entfallen allerdings 40 bis 45 Mio. Franken auf einmalige Effekte im Übergangsjahr; die dauerhafte Entlastungswirkung der NFA ist auf rund 110 Mio. Franken zu veranschlagen. Aufgrund der kantonalen Anschlussgesetzgebung profitieren auch die politischen Gemeinden von der NFA-Entlastung, indem sie nur noch 20 statt wie bisher 50 Prozent an die Kosten der Ergänzungsleistungen beitragen müssen. Dadurch entsteht im Voranschlag 2008 ein Ertragsausfall für den Kanton von 53 Mio. Franken.

Staatssteuerfusses um 8 Prozentpunkte senken

Zusammen mit der guten Verfassung der Wirtschaft ermöglichen die NFA-Wirkungen eine spürbare Senkung des Staatssteuerfusses. Da das freie Eigenkapital mit einem Bestand von 340 Mio. Franken die gegebene Limite (20 Steuerprozent) übersteigt, sind auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine Steuerfuss-Senkung erfüllt. Vorgesehen ist, den Staatssteuerfuss im Jahr 2008 auf 107 Prozent festzusetzen. Gegenüber den 115 Prozent im laufenden Jahr bedeutet das eine Herabsetzung um 8 Prozentpunkte. Damit geht die Regierung um 3 Prozentpunkte über das vom Kantonsrat vorgegebene Mindestmass der Steuersenkung hin-

aus. Sie sieht die zusätzliche Reduktion als Überbrückungsmassnahme, bis weitere steuerliche Entlastungen aus der in die Wege geleiteten Revision des Steuergesetzes eintreten.

Trotz der beantragten Steuerfuss-Reduktion kann im Voranschlag 2008 in der laufenden Rechnung erstmals ein Ertragsüberschuss budgetiert werden. Damit möchte die Regierung ein Zeichen setzen, dass in wirtschaftlich guten Zeiten Eigenkapital aufgebaut werden soll. Nur dadurch wird es möglich sein, im Falle eines Wirtschaftsabschwunges nicht sogleich prozyklische Steuererhöhungen vorsehen zu müssen, sondern auf vorgängig geäußerte Reserven zurückgreifen zu können.

Moderater Ausgabenzuwachs

Der Gesamtaufwand nimmt in der laufenden Rechnung gegenüber dem Vorjahresbudget um 194 Mio. Franken bzw. 5.2 Prozent zu. Zur Ermittlung des tatsächlichen Ausgabenzuwachses sind verschiedene Bereinigungen vorzunehmen. Unter Abrechnung der internen Verrechnungen, durchlaufenden Beiträge, Ertragsanteile, Fondierungen sowie von Einmal- und Sondereffekten ergibt sich für die bereinigten Ausgaben ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahresbudget um 108 Mio. Franken bzw. 3.9 Prozent. Für das kommende Jahr wird ein nominelles Wirtschaftswachstum von 3.3 Prozent prognostiziert. Der bereinigte Ausgabenzuwachs zwischen den Voranschlägen 2007 und 2008 liegt somit leicht über diesem Wert.

1.6 Prozent mehr Lohn für alle

Angesichts der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch wegen der zunehmenden Schwierigkeiten in der Besetzung qualifizierter Stellen beantragt die Regierung mit dem Voranschlag 2008 eine generelle Besoldungserhöhung um 1.6 Prozent. Im Weiteren enthält der Voranschlag für individuelle, leistungsbezogene Besoldungserhöhungen die für den ordentlichen Stufenanstieg erforderlichen Mittel (rund 1.0 Prozent der Lohnsumme) sowie eine Beförderungquote von 0.4 Prozent der Lohnsumme. Zudem soll die für ausserordentliche Leistungsprämien verfügbare Quote von 0.3 auf 0.4 Prozent der Lohnsumme angehoben werden. Schliesslich ist eine teuerungsbedingte Erhöhung der Inkonvenienzzulagen vorgesehen. Mit diesen Massnahmen möchte die Regierung die Stellung des Kantons St.Gallen als verantwortungsbewusster und verlässlicher Arbeitgeber untermauern.

Wachsende Verschuldung

Die Investitionsrechnung verzeichnet einen Anstieg der Bruttoinvestitionen um gut 50 Mio. Franken. Darin zeigt sich die intensivierete Investitionstätigkeit im Hochbautenbereich, namentlich auch bei den Spitalbauten. Die Belastung des allgemeinen Haushalts der laufenden Rechnung durch Abschreibungen steigt um knapp 13 Mio. Franken an. Die aus allgemeinen Mitteln abzuschreibende Verschuldung wird im Jahr 2008 voraussichtlich um 80 Mio. Franken ansteigen und am Jahresende einen Stand von 173 Mio. Franken erreichen.

Finanzplan: Entspannung hält an

Mit dem Voranschlag 2008 legt die Regierung auch den Finanzplan für die Jahre 2009 bis 2011 vor. Wie bereits im letztjährigen Finanzplan kann von einer Konsolidierung der Haushaltslage ausgegangen werden. Zwar werden in der Planperiode für die laufende Rechnung wieder Defizite ausgewiesen. Sie nehmen jedoch kein bedrohliches Ausmass an und sind namentlich auf einen stark wachsenden Abschreibungsbedarf für neue Investitionsvorhaben zurückzuführen.